

Nach 16 Jahren in der Opposition konnte die SPD 1998 wieder den Kanzler stellen. Die einmalige rot-grüne Bundesregierung brachte eine gesellschaftliche Modernisierung mit sich und forcierte den Atomausstieg.



Gerhard Schröder
geb. 1944



Ulrike Mascher
geb. 1938

Ulrike Mascher war nach ihrem Jurastudium zunächst als Regieassistentin tätig, bevor sie 1974 zur Allianz AG kam. 1980–90 war sie dort Betriebsratsvorsitzende. Ulrike Mascher engagierte sich seit 1963 in der SPD. 1990 gelang ihr als Direktkandidatin im Wahlkreis München-Mitte der Sprung in den Bundestag. 1994 und 1998 wurde sie direkt wiedergewählt. 1995–2007 war Mascher auch stellvertretende SPD-Landesvorsitzende in Bayern. Bundeskanzler Schröder ernannte die Sozialpolitikerin 1998 zur Staatssekretärin im Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung. Der Kampf gegen Armut, auch im wohlhabenden Bayern, hat das von ihr entwickelte Konzept einer Grundsicherung im Alter geprägt. Seit ihrem Ausscheiden aus der Bundespolitik engagiert sich Mascher im Sozialverband VdK, seit 2008 als Präsidentin. Sie ist darüber hinaus Vorsitzende des Fördervereins für Internationale Jugendbegegnung und Gedenkstättenarbeit in Dachau e.V. sowie der Georg-von-Vollmar-Akademie e.V.

AGENDA 2010

In der Regierungserklärung am 14. 3. 2003 verkündete der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder die Agenda 2010. Es handelte sich um ein Paket von Reformen, die das Sozialsystem umbauen, den Arbeitsmarkt flexibler gestalten und die Renten sichern sollten.

Am bekanntesten sind die Arbeitsmarktreformen Hartz I-IV. Zur Agenda 2010 gehörten aber auch Steuersenkungen, die Förderung des Mittelstands sowie ein Programm zum Ausbau von Ganztagschulen. Mit dem Reformpaket reagierte die Regierung Schröder auf die schwache Wirtschaft, die Herausforderungen der Globalisierung sowie die älter werdende Gesellschaft.

»Wir werden Leistungen des Staates kürzen, Eigenverantwortung fördern und mehr Eigenleistung von jedem Einzelnen abfordern müssen.«

Bundeskanzler Gerhard Schröder

GERECHTIGKEIT II



Agentur für Arbeit

STREIT UM DIE AGENDA

Gegen die Agenda 2010 gab es von Anfang an Widerstand in Teilen der SPD und der Gewerkschaften. Sie beklagten, dass die Hartz-Reformen die soziale Benachteiligung verstärken und die Schere zwischen Arm und Reich weiter öffnen würden. Die bayerischen Jusos stießen das erste Mitgliederbergehren in der Geschichte der Partei an. Die massive Kritik in der Partei erzwang einen Sonderparteitag im Juni 2003. Nachdem Schröder das Konzept schon früh mit seinem Verbleib im Amt verbunden hatte, folgten die Delegierten mehrheitlich der Regierungslinie. Im Gesetzgebungsprozess konnten die Agenda-Kritiker eine Reihe von Korrekturen im Detail erreichen. 2004 wurde vorwiegend von enttäuschten Gewerkschaftern – auch aus Bayern – die sogenannte Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit e.V. (WASG) gegründet. 2005 wurde aus dieser eine politische Partei, die sich 2007 mit der PDS zur Partei Die Linke zusammenschloss. Diese ist im Deutschen Bundestag vertreten, nicht jedoch im Bayerischen Landtag.



»Menschen sind kein Schnäppchen«

Unter dem Motto »Menschen sind kein Schnäppchen« stand die Mindestlohn-Kampagne der bayerischen SPD im Landtagswahlkampf 2008. Sie erinnerte an den Art. 169 der Bayerischen Verfassung, der Mindestlöhne ermöglicht. Dieser Verfassungsartikel müsse nach über 60 Jahren mit Leben erfüllt werden.

Der Fraktionsvorsitzende Franz Maget: *»Wir müssen diese Möglichkeit nutzen, weil es nicht sein darf, dass jemand 40 Stunden in der Woche arbeitet und dann noch zum Sozialamt gehen muss, weil das Geld vorn und hinten nicht reicht.«*

Art. 169 Abs. 1 der Bayerischen Verfassung

»Für jeden Berufsweig können Mindestlöhne festgesetzt werden, die dem Arbeitnehmer eine den jeweiligen kulturellen Verhältnissen entsprechende Mindestlebenshaltung für sich und seine Familie ermöglichen.«



HARTZ I-IV

Kernstück der Agenda 2010 sind die Arbeitsmarktreformen, die den Namen des Beraters Peter Hartz tragen. Ihr Ziel war die Halbierung der Arbeitslosenzahlen. Zum 1.1. 2005 wurden mit Hartz IV Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe zusammengeführt und das Arbeitslosengeld auf ein Jahr begrenzt. Unter dem Motto »Fördern und fördern« wurden die Zumutbarkeitsregeln für Arbeitslose verschärft sowie ihre Vermittlung und Qualifizierung verbessert. Das Ziel wurde nur teilweise erreicht.

Nachdem die Arbeitslosigkeit durch eine geänderte Berechnung Anfang 2005 auf über 5 Mio. gestiegen war, sank sie 2008 auf etwa 3 Mio. Viele Arbeitnehmer bleiben jedoch auf Aufzahlungen der Agentur für Arbeit angewiesen, da ihre Löhne zu niedrig sind. So bezogen 2007 mehr als 1,3 Mio. Erwerbstätige neben ihrem Einkommen Arbeitslosengeld II (Hartz IV).

VOLKSBEGEHREN MINDESTLOHN ABGELEHNT

Am 1. Mai 2008 startete der bayerische Gewerkschaftsbund – zusammen mit SPD, Grünen, Linken – ein Volksbegehren zur Einführung eines Mindestlohns in Bayern. Es gelang, insgesamt 219.000 Unterschriften zu sammeln, für den Antrag auf ein Volksbegehren wären nur 25.000 notwendig gewesen. Das bayerische Innenministerium lehnte jedoch die Zulässigkeit des Volksbegehrens ab. Diese Entscheidung wurde Anfang Februar 2009 vom bayerischen Verwaltungsgerichtshof bestätigt. Der SPD gelang es in der Bundesrepublik, in mehreren Branchen für ca. 3 Mio. Menschen Mindestlöhne durchzusetzen.